

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Wetzels und der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

**zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Ergebnissen
des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der KSZE in Paris
und zum bevorstehenden Europäischen Rat in Rom**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis:

daß die KSZE-Konferenz in Paris die Funktion hat, das Ende der Ost-West-Konfrontation feierlich zu besiegeln; daß insbesondere Präsident Gorbatschow bei seiner Ansprache vor der KSZE-Konferenz zu solidarischem Verhalten in der Abwehr von „militantem Nationalismus und Separatismus“ aufgerufen hat; daß auch Präsident Bush als eine wichtige Zukunftsaufgabe der KSZE proklamiert, „einem Wiederaufleben des Rassismus und des Antisemitismus in Europa und in der Welt die Stirne zu bieten“.

II. Vor diesem Hintergrund stellt der Deutsche Bundestag fest, daß sich zur Zeit insbesondere sowjetische Juden in ihrer Sicherheit bedroht fühlen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:

1. unverzüglich dafür zu sorgen, daß sowjetische Juden, die sich in ihrer Sicherheit bedroht sehen, in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen können;
2. einen Sonderfonds einzurichten, aus dem Integrationsmaßnahmen finanziert werden. Diese Mittel sollen insbesondere den Bundesländern, den Kommunen und den jüdischen Gemeinden für ihre Eingliederungsarbeit zur Verfügung gestellt werden;
3. in direkte Verhandlungen mit den Bundesländern einzutreten, um die Aufnahme sowjetischer Juden sicherzustellen;

4. im Rahmen der EPZ auf die übrigen westeuropäischen Regierungen einzuwirken, ihre Grenzen den sowjetischen Juden zu öffnen.

Bonn, den 20. November 1990

Wetzel

Frau Birthler, Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die dramatische Einengung der Existenzmöglichkeiten der Juden in der heutigen Situation der Sowjetunion wird von keiner Seite bestritten.

Wenn es sowjetische Juden gibt, die aus dieser Notlage heraus, trotz der deutschen Verbrechen am jüdischen Volk, in die Bundesrepublik Deutschland einreisen wollen, dann sind sie uns willkommen.

Zu gewährleisten, daß sowjetische Juden nach Deutschland einwandern können – wenn sie es wollen –, betrachten wir als ein ermutigendes Signal für die demokratische Zukunft der neuen deutschen Republik.